

Grundpositionen des Landesjugendring Thüringen e.V. zur Nachhaltigkeit

I. Einleitung

„Die Umwelt mit ihren natürlichen Ressourcen zu schützen und Lebensgrundlagen zu bewahren ist eine zentrale Aufgabe, die mit großer Verantwortung verbunden ist. Denn funktionierende Ökosysteme sind eine existenzielle Grundlage. Für den Schutz von Boden, Wasser, Luft und Artenvielfalt sowie den gesamten Naturhaushalt und den Umgang mit heimischen Rohstoffen tragen wir alle eine große Verantwortung.“ (Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie 2011)

Eine ausschließlich an Wachstum orientierte Wirtschaftspolitik und eine Verbrauchermentalität, die von einer ständigen Verfügbarkeit von Konsumgütern in den reichen Ländern dieser Welt geprägt ist, führen weltweit zu sozialen Verwerfungen und gehen zu Lasten der natürlichen Ressourcen dieser Erde.

Den verheerenden Auswirkungen dieser Entwicklung muss schnellstmöglich Einhalt geboten werden, um die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu sichern.

Die Jugendverbände des Landesjugendring Thüringen e.V. sehen den Auftrag darin, für ein gesundes Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen einzutreten.

Mit unseren Grundpositionen zur Nachhaltigkeit stellen wir uns dieser Herausforderung, indem wir uns zu nachhaltigem Handeln verpflichten und das Gespräch mit den politisch Verantwortlichen suchen.

Ausgangsposition

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“¹

Das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung hat sich seit der Veröffentlichung des Brundlandt-Berichtes der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung weltweit verbreitet. Das richtige Verhältnis von Ökologie, Ökonomie und Sozialem ist dabei eine Kernfrage. Ökologie und Soziales müssen als Leitplanken der wirtschaftlichen Entwicklung gesehen werden. Menschenrechte und die Regenerationsfähigkeit natürlicher Prozesse müssen als absolute Grenze definiert werden. Langfristig können wir nur überleben, wenn unsere Art des Wirtschaftens weder die Gesellschaft noch die Natur zerstören.

Nachhaltige Entwicklung beginnt beim Einzelnen und setzt sich fort bei den Rahmenbedingungen, die die Politik für das Wirtschaften festlegt.

¹ World Commission on Environment and Development (WCED): Our Common Future [Brundlandt-Report]. United Nations 4.8.1987

Verantwortung der Politik

Vor allem Kinder und Jugendliche sind die Leidtragenden der Folgen heutiger Politik, die oft nur kurzfristige Interessen berührt, einseitig Lobbyisten bedient oder sich in Absichtserklärungen verliert.

Nachhaltige Entwicklung wird aber nur gelingen, wenn Politik und Verwaltung weltweit entscheidende Schritte unternehmen, Strategien und Vorhaben zur Nachhaltigkeit konsequent einhalten.

Wir fordern von der Landesregierung die konsequente Umsetzung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie.

Verantwortung der Jugendverbände

Die Vermittlung von Werten sowie die Entwicklung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen sind grundlegende Elemente der Jugendverbandsarbeit. Die Jugendarbeit ist somit grundsätzlich herausgefordert, sich am Ziel der Nachhaltigen Entwicklung zu orientieren. Dies ist in der eigenen praktischen Arbeit, dem Betreiben von Einrichtungen sowie bei der Gestaltung von Maßnahmen und Angeboten der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit unabdingbar.

Junge Menschen fordern eine ernsthafte und wirkungsvolle Auseinandersetzung mit der Zukunft unserer Erde, ihrer eigenen Zukunft schlechthin. Dieser Herausforderung müssen sich die Jugendverbände stellen.

II. Ausgewählte Aspekte der Nachhaltigkeit

1. Nachhaltiges Beschaffungswesen

1.1 Ökostrom und Energieeinsparung

Die Versorgung mit Energie ist eines der größten Umweltprobleme der Menschheit. Neben der Endlichkeit der fossilen Ressourcen sind dabei auch die Folgen des Energieverbrauchs in Form von radioaktiven Abfällen und Treibhausgasen ein wesentlicher Faktor. Eine Energiewende mit dem Ausstieg aus der Atomkraft und allen anderen fossilen Brennstoffen sowie Maßnahmen zur Energieeinsparung sind daher dringend nötig. Die sparsame Nutzung von Ökostrom aus regenerativen Energiequellen unterstützt die Energiewende und trägt zum Klima- und Umweltschutz bei.

Forderungen an die Jugendverbände:

Die Jugendverbände verpflichten sich, ihren Energieverbrauch zu reduzieren und ab spätestens 2015 ausschließlich Ökostrom in ihren Geschäftsstellen und Einrichtungen zu beziehen.

Grundsätzliches Kriterium bei der Beschaffung technischer Geräte ist deren sparsamer Energieverbrauch sowie die Langlebigkeit, um schon bei der Herstellung auf Grund eines geringeren Bedarfes an Neugeräten, den Einsatz von Energie zu reduzieren.

Jugendverbände, die einem Erwachsenenverband angeschlossen sind, wirken darauf hin.

Forderungen an die Politik:

Förderrichtlinien müssen um Kriterien für Nachhaltigkeit ergänzt werden statt allein auf Wirtschaftlichkeit zu fokussieren. Finanzrahmen sollten entsprechend erweitert werden. Wir fordern für die Versorgung öffentlicher Gebäude eine Umstellung auf Ökostrom und die Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen.

1.2 Geldanlagen

Geldanlagen, die nur unter dem Gesichtspunkt möglichst hoher Zinserträge getätigt werden, können u.a. zu (in-)direkten Investitionen in fossile oder atomare Energien, Rüstungskonzerne, andere unethische Wirtschaftsformen oder zu Nahrungsmittelspekulationen führen.

Forderungen an die Jugendverbände:

Die Jugendverbände verpflichten sich, im Zuge der Umstellung auf das IBAN-System ihre Konten bei Banken zu führen, die nach ökologischen und sozialen Kriterien wirtschaften.

Jugendverbände, die einem Erwachsenenverband angeschlossen sind, wirken darauf hin.

Forderungen an die Politik:

Öffentliche Geldgeschäfte und -anlagen werden bei sozial und ökologisch ausgerichteten Kreditinstitutionen getätigt. Die Einflussmöglichkeiten, z.B. in Aufsichtsräten der Sparkassen werden genutzt, um nicht-nachhaltige und unethische Investitionen durch Vorgaben und Kontrollmechanismen zu unterbinden.

1.3 Papier

In Deutschland werden im Jahr etwa 23 Millionen Tonnen Papier verbraucht. Zur Herstellung werden große Mengen Holz benötigt. Hierfür werden vor allem Urwälder gerodet.

Forderungen an die Jugendverbände:

Die Jugendverbände verpflichten sich zu einem sparsamen und nachhaltigen Papierverbrauch (z.B. beidseitige Drucke und Kopien) sowie dem weitreichenden Einsatz von Recyclingpapier (Standard „Blauer Engel“). Die Auflage von Druckerzeugnissen wird angemessen kalkuliert. Die digitale Bereitstellung oder Print-On-Demand sind als Alternative dem Druck vorzuziehen.

Forderungen an die Politik:

Die öffentliche Verwaltung setzt gleichermaßen einen nachhaltigen Papierverbrauch um.

1.4 Materialpool

Nicht jede Technik muss in jeder Geschäftsstelle stehen. Die gemeinsame Nutzung spart Rohstoffe und Geld. Was derzeit schon vorbildlich bei der Ausleihe von Stromgeneratoren und Lautsprechern funktioniert, sollte u.a. auch für Beamer, Megafone, Informationsstände, Spiel- und Sportgeräte, Zelte, Außenmöbel u.a. möglich sein.

Forderungen an die Jugendverbände:

Der Landesjugendring Thüringen e.V. richtet ein Internetportal ein, in das die Jugendverbände Thüringens ausleihbare Materialien und Gegenstände unter Angabe der Leihgebühren und der Beschaffungsmöglichkeit eintragen.

Forderungen an die Politik:

In öffentlichen Einrichtungen und der Verwaltung werden Potentiale für einen ämter- bzw. gemeindeübergreifenden Technik-Pool ausgeschöpft.

1.5 Kinderarbeit und soziale Standards

Weltweit arbeiten 218 Millionen Kinder unter 15 Jahren, davon 126 Millionen unter ausbeuterischen Bedingungen. 73 Millionen sind jünger als 10 Jahre.

Die Bundesrepublik Deutschland hat im Jahr 1973 die UN-Konvention 138 und im Jahre 2002 die UN-Konvention 182 ratifiziert. Darin werden das Mindestalter für die Beschäftigung sowie das Verbot der ausbeuterischen Kinderarbeit geregelt.

Der Thüringer Landtag hat dazu 2008 einen Beschluss zur Aufnahme sozialer und ökologischer Kriterien im öffentlichen Beschaffungswesen gefasst.²

Auch wenn es in Deutschland keine Kinderarbeit gibt, werden Produkte ausbeuterischer Kinderarbeit in Deutschland angeboten und verkauft.

Forderungen an die Jugendverbände:

Die Jugendverbände verpflichten sich, im Beschaffungswesen sowie bei der Ausschreibung und Vergabe von Leistungen nur Produkte zu berücksichtigen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt werden.³

Jugendverbände, die einem Erwachsenenverband angeschlossen sind, wirken darauf hin.

Forderungen an die Politik:

Die Umsetzung der UN-Konventionen 138 und 182 auf Landesebene soll verstärkt werden.⁴ Die Entwicklung eines staatlichen Siegels zur Kennzeichnung von Produkten ohne Kinderarbeit ist zu fördern und umzusetzen.

² Drucksache 4/4630 zu Drucksache 4/4473 – Thüringer Landtag, 4. Wahlperiode

³ siehe <http://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de>

⁴ siehe auch Drucksache 4/4630 zu Drucksache 4/4473, Thüringer Landtag, 4.WP

1.6 Fairer Handel

Die Globalisierung hat ökonomische Ungerechtigkeiten verschärft. Die Produktionsbedingungen, nicht nur von „Billigprodukten“, genügen oftmals nicht den sozialen Standards. Darüber hinaus sind Kleinbauern und -produzenten in Entwicklungsländern auf dem Weltmarkt besonders benachteiligt. Sie sind von Zwischenhändlern abhängig, die ihnen ihre Produkte nur zu Dumpingpreisen abnehmen.

Forderungen an die Jugendverbände:

Die Jugendverbände verpflichten sich, bei Veranstaltungen vor allem fair gehandelte Nahrungsmittel bereitzustellen bzw. bevorzugt Produkte für ihre Einrichtungen und Geschäftsstellen einzukaufen, die sozialen und ökologischen Standards entsprechen (Fair Trade bzw. Bio-Siegel).

Forderungen an die Politik:

Die Beschaffung öffentlicher Güter erfolgt auf der Grundlage ökologischer und sozial verträglicher Kriterien. Die Landesregierung wirkt auf in Thüringen ansässige, global agierende Unternehmen ein, dass diese sich für faire, globale Arbeitsbedingungen sowie für die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards einsetzen. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass bei der Berechnung von sozialen Unterstützungsleistungen (ALG II oder BAföG) von Kosten für fair gehandelte und ökologisch produzierte Lebensmittel ausgegangen wird.

2. Ernährung

Die Ernährung bildet einen wichtigen Teilbereich des ökologischen Fußabdrucks⁵ und beeinflusst die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen unmittelbar. Ein großer Teil der Lebensmittelproduktion basiert auf Massentierhaltung, Abholzung von Urwäldern, Pestizideinsatz, Gentechnik und langen Transportwegen. Weltweit landen etwa ein Drittel der produzierten Lebensmittel auf dem Müll. In Deutschland liegt der Anteil sogar noch höher.⁶ So sind zwei Drittel der von Privathaushalten entsorgten Abfälle ganz oder teilweise vermeidbar. Dies entspricht einer Menge von jährlich etwa 53 Kg pro Einwohner. Insgesamt entstehen den Haushalten dadurch Kosten von knapp 22 Milliarden Euro.

Die Verschwendung von Lebensmitteln führt zu ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Problemen. Durch eine fleischarme, ökologische, saisonale und regionale Ernährung können diese stark verringert werden. Weiterhin müssen Lebensmittel mehr wertgeschätzt werden, um deren Überproduktion und Verschwendung zu vermeiden.

⁵ Unter dem Ökologischen Fußabdruck wird die Fläche auf der Erde verstanden, die notwendig ist, um den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen (unter Fortführung heutiger Produktionsbedingungen) dauerhaft zu ermöglichen. Das schließt Flächen ein, die zur Produktion seiner Kleidung und Nahrung oder zur Bereitstellung von Energie, aber z. B. auch zum Abbau des von ihm erzeugten Mülls oder zum Binden des durch seine Aktivitäten freigesetzten Kohlendioxids benötigt werden. <http://www.nureineerde.de/Definition.html>

⁶ siehe: <http://de.wikipedia.org/wiki/Lebensmittelverschwendung>

Forderungen an die Jugendverbände:

Die Jugendverbände verpflichten sich, bei ihren Veranstaltungen vegetarische oder vegane Ernährungsangebote bereit zu stellen.

Zudem achten sie darauf, saisonale, regionale, biologische und faire Lebensmittel zu kaufen und gesundheitsschädliche Produkte zu vermeiden.

Die Jugendverbände achten darauf, in ihren Einrichtungen und bei Veranstaltungen möglichst frisch gekochte Mahlzeiten anzubieten, auf Fertiggerichte zu verzichten und die Mengen so zu kalkulieren, dass nichts weggeworfen werden muss.

Forderungen an die Politik:

In öffentlichen Einrichtungen ist die Ernährung möglichst fleischarm, ökologisch, saisonal und regional auszugestalten und die Mengen sind so zu kalkulieren, dass nichts weggeworfen wird.

Qualitätsstandards für eine gesunde und nachhaltige Verpflegung in Kindertageseinrichtungen und Schulen sind verbindlich festzulegen.

Bildungsangebote zu gesunder und nachhaltiger Ernährung sind umfassend auszubauen.

Bei Agrarsubventionen soll der Schwerpunkt auf ökologische Landwirtschaft gelegt werden.

3. Verkehr und Infrastruktur

Neben dem Zu-Fuß-Gehen ist Fahrradfahren die demokratischste Verkehrsmittelwahl, da hierfür keine Zugangsbeschränkung nach Alter oder Gesetz sowie nur geringe finanzielle Hürden für die Beschaffung bestehen. Diese beiden Fortbewegungsarten ermöglichen fast jeder Person, unabhängig von Alter und Wirtschaftskraft, eine Teilhabe an ihrer erweiterten Umgebung: also den Zugang zu Versorgung, Kultur, Bildung, öffentlichen Einrichtungen etc.. Verkehrsplanung muss deshalb im Sinne dieser Teilnehmer optimiert werden und es muss eine Bevorzugung ökologischer Fortbewegungsarten erfolgen.

Flächenverbrauch, CO₂-Ausstoß und die Verschwendung fossiler Brennstoffe sind die Folgen einer umweltschädlichen Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, die Mobilität fordert und den Individualverkehr bevorzugt.

Forderungen an die Jugendverbände:

Jugendverbände ziehen Zug- und Busreisen sowie Mitfahrgelegenheiten den PKW-Einzelfahrten vor. Wenn möglich, werden Carsharing-Angebote genutzt, unterstützt oder initiiert.

Die Verbände verpflichten sich zum Verzicht auf Kurzstrecken- und Inlandflüge.

Forderungen an die Politik:

Im Sinne einer zukunftsorientierten und barrierefreien Verkehrspolitik müssen Infrastrukturverbesserungen zuerst im Sinne der Fußgänger und Radfahrer realisiert werden. Damit einher muss der Öffentliche Personennah- und Fernverkehr gestärkt werden, statt ihn ausdünnen und zu verteuern.

Politik muss in ihrem direkten Einflussbereich die Nutzung von Carsharing weiter fördern und zum Beispiel kommunalen Einrichtungen (Kindertageseinrichtungen, Jugendclubs etc.) die Mitbenutzung städtischer Carsharing-Fahrzeuge anbieten.

4. Abfallvermeidung

Abfallvermeidung schont Ressourcen und schützt Umwelt und Klima. Produktion, Gebrauch und Entsorgung z.B. von Kunststoffen können schwerwiegende Auswirkungen auf Ökosysteme und die Gesundheit haben.

Forderungen an die Jugendverbände:

Die Jugendverbände verpflichten sich, vor jedem Einkauf abzuwägen, ob wirklich etwas Neues gebraucht wird („Reparieren statt Wegwerfen“).

Des Weiteren bevorzugen sie beim Einkauf Nachfüllpacks und Großpackungen anstatt Produkte mit überdimensionierten und unnötigen Verpackungen. Vorrang haben grundsätzlich die Nutzung von Mehrwegverpackungen und der Kauf von Produkten ohne Verpackung.

Die Jugendverbände verzichten beim Einkauf bewusst auf Plastiktüten und nutzen stattdessen wiederverwendbare Behältnisse.

Außerdem trennen sie den Abfall, um diesen einer Wiederverwertung zuzuführen.

Forderung an die Politik:

Wertstofftonnen sind flächendeckend einzuführen. Diese sollen die Gelben Tonnen bzw. die Gelben Säcke ersetzen und neben Verpackungen auch andere Kunststoffe und Metalle aufnehmen, damit noch mehr Abfall recycelt statt verbrannt wird.

Langlebige und vollständig wiederverwertbare Produkte sind zu fördern. Die Garantie- und Gewährleistungsfristen sind signifikant zu verlängern.

Plastiktüten sind zu verbieten.

Die Müllgebühren sind unter Verzicht auf einen Grundbetrag verbrauchsabhängig zu gestalten, um Anreize zur Abfallvermeidung zu schaffen.

5. Bildung

„Menschen sollen in die Lage versetzt werden, Entscheidungen für die Zukunft zu treffen und dabei abzuschätzen, wie sich das eigene Handeln auf künftige Generationen oder das Leben in anderen Weltregionen auswirkt.“⁷

Bildung ist eine unendliche Ressource und damit „erneuerbar“. Bildung bedeutet mehr als nur wirtschaftliche Verwertbarkeit von Wissen. Bildung ist als Schlüssel zur Persönlichkeitsentfaltung und gesellschaftlichen Teilhabe anzuerkennen.

Neue Ausprägungen von Familie, Freizeit, Arbeit und Medienkonsum verlangen zudem nach der Entwicklung von ganzheitlichen Bildungskonzepten, die mehr als nur auf den „Lernort Schule“ zugeschnitten sind. Dazu ist auch eine offene Herangehensweise an digitale Medien und digital vermitteltes Wissen nötig, statt den Blick nur auf Gefahren oder die wirtschaftliche Verwertbarkeit von Medien und Wissen zu richten.

Forderungen an die Jugendverbände:

Die Jugendverbände verpflichten sich, bei allen Bildungsangeboten die Grundsätze der Bildung für Nachhaltige Entwicklung⁸ zu integrieren.

Die Jugendverbände vermeiden eine Verschärfung der Wissensexklusivität durch den Verzicht auf einschränkende Lizenzen für ihre Publikationen (CC statt ©).

Die Verbände nutzen möglichst freie Software.

Forderungen an die Politik:

Der Grundsatz der Nachhaltigkeit muss entsprechend seines umfassenden Gedankens Eingang in Lehrpläne, Lehr- und Lerngestaltung sowie in alle anderen Formen der Bildung finden und in Kindertageseinrichtungen, Schulen, Berufs- und Hochschulen umgesetzt werden. Dazu sind geeignete Fortbildungen für Erzieher_innen und Pädagog_innen anzubieten.

Jugendverbände sind als gleichberechtigte außerschulische Bildungsorte anzuerkennen und im Sinne der Bildung für Nachhaltige Entwicklung angemessen zu fördern.

Die untere Altersbegrenzung für Bildungsmaßnahmen im Landesjugendförderplan soll auf das vierte Lebensjahr abgesenkt werden.

Bildungseinrichtungen sind von Abgaben wie GEZ, GEMA und „Kopier-Abgabe“ (GVU, VG Wort) zu befreien.

Die Nutzung möglichst freier Software in allen öffentlichen Bereichen muss verstärkt werden.

⁷ www.bne-portal.de

⁸ vgl. ebenda